

DRINGLICHKEITSANTRAG

des **Landtagsklubs FRITZ - Bürgerforum Tirol**

bzw. der Abgeordneten KO Dr. Andrea Haselwanter-Schneider und Mag. Markus Sint

betreffend:

Wipptaler und Stubaitaler vom Verkehrswahnsinn entlasten: Maßnahmenpaket prüfen und umsetzen!

Die unterfertigten Abgeordneten stellen den

DRINGLICHKEITSANTRAG:

Der Landtag wolle beschließen:

„Die Landesregierung wird aufgefordert, die belastete Bevölkerung vom stetig steigenden transitierenden Schwerverkehr und Individualverkehr zu entlasten, indem sie die Forderungen der Bürgermeister des Wipptales aufgreift und folgende Schritte prüft und umsetzt:

- 1. Erlassung temporärer Fahrverbote auf der B 182 bei Schönberg und Matrei analog zu den Sperren in und um Innsbruck, wenn das Verkehrsaufkommen so groß ist, dass die Ortsdurchfahrten blockiert sind und es so zu einer problematischen Sicherheitslage kommt.**
- 2. Vorlage eines umfangreichen Maßnahmenkataloges samt Zeitplan für die betroffenen Regionen.**
- 3. Prüfung einer Bemannung der B 182 analog zur Brennerautobahn A 13 mit Ausnahmeregelungen für Besitzer einer Mautkarte für die Brennerautobahn und Anrainer, um die Mautflucht einzudämmen.**
- 4. Schaffung einer Stelle in der Landesverwaltung, um im Sinne der Verkehrsentlastung das Baustellenmanagement am höher- und niederrangigen Straßennetz besser zu koordinieren.**
- 5. Verhandlungen mit dem Bund zur Prüfung der Möglichkeit von so genannten „mobilen Baustellen“ analog zu Baustellen südlich des Brenners, um damit den Verkehrsfluss an besonders verkehrsreichen Wochenenden zu verbessern.**
- 6. Prüfung eines PKW-Dosiersystems analog zum LKW-Dosiersystem an den Grenzübergängen.**
- 7. Prüfung einer Möglichkeit für eine Umfahungsstraße bei den Wipptaler Dörfern.“**

Bei Nichtzuerkennung der Dringlichkeit möge der Antrag gem. § 27 Abs. 3 GO-LT dem **Ausschuss für Wohnen und Verkehr** zugewiesen werden.

B E G R Ü N D U N G:

Die Bürgermeister von Mühlbachl, Matrei und Steinach haben am 5. Juni 2019 in der Tiroler Tageszeitung Alarm geschlagen. Ihnen und der Wipptaler- und Stubaitaler- Bevölkerung reicht es¹. Seit Jahren nehmen sowohl der transitierende Schwerverkehr, aber auch der Urlauberverkehr auf der Brennerautobahn und der Brennerbundesstraße zu. Dem Verkehrsbericht des Landes Tirol ist zu entnehmen, dass auf dem ASFINAG Straßennetz ein Plus beim Gesamtverkehrsaufkommen von 14,5% im Jahr 2027 zu verzeichnen war. Davon machte der Güterverkehr 7% der Steigerung aus.² Stefan Siegele, Geschäftsführer der ASFINAG, rechnet, dass in den Sommerferien 2019 zu dem ohnehin hohen Niveau von rund 1 Million PKW pro Monat, durch die die Kapazitätsgrenzen eigentlich schon erreicht sind, noch etwa 90.000 weitere PKW (das ist eine Zunahme von rund 3%) dazukommen.³

Die Folgen des Verkehrs in vielen Tiroler Regionen, aber besonders im Wipp- und Stubaital sind gravierend: Die Menschen leiden unter dem Lärm, schlechter Luft und dadurch zunehmenden gesundheitlichen Problemen, aber es sinkt auch die Lebensqualität in den Gemeinden insgesamt. Die Sicherheit der Dorfbewohner ist an vielen Tagen nicht mehr gewährleistet, vor allem Kinder und ältere Personen können die Straßen nicht mehr überqueren. Notwendige Einsatzfahrten von Blaulichtorganisationen sind vielfach nicht mehr möglich. Für viele Menschen, vor allem aus den Seitentälern, ist es an vielen Tagen nicht mehr möglich, rechtzeitig von und zur Arbeit zu kommen. Der Stau in den Dörfern bedingt durch Mautflüchtlinge und den Ausweichverkehr führt zu Behinderungen der Zu- und Abfahrten von Autobahnen, die geforderte Verkehrssicherheit kann nicht mehr gewährleistet werden. Gemäß StVO ist zur Aufrechterhaltung der Sicherheit die Leichtigkeit und Flüssigkeit des Verkehrs sicherzustellen. An sehr vielen Tagen im Jahr ist diese Sicherheit in den Dörfern des Wipp- und Stubaitals nicht mehr gewährleistet und somit kann die StVO nicht eingehalten werden. Allein dieser Umstand erfordert ein Handeln der Landesregierung in diesen Regionen.

Nachdem es an den verkehrsstarken Wochenenden rund um Pfingsten zu einem regelrechten Verkehrskollaps in Tirol gekommen ist und die Autofahrer Ausweichstrecken durch die engen Tiroler Dörfer genommen haben, hat die Tiroler Landesregierung auf den Druck der Bevölkerung und der Polizei reagiert und zur Aufrechterhaltung eines flüssigen Verkehrs und der erforderlichen Sicherheit temporäre Fahrverbote vor allem in der Landeshauptstadt und den umliegenden Gemeinden erlassen. Die seit Jahren so verkehrsgeplagte Wipptaler und Stubaitaler Bevölkerung ist von den

¹ Tiroler Tageszeitung, 05.06.2019, S. 45

² Verkehrsbericht des Landes Tirol, 2017

³ Tiroler Tageszeitung, 23. 06. 2019, S. 6-7

temporären Fahrverboten nur am Rande umfasst worden. In einer Aussendung des Landes Tirol vom 19. Juni 2019 heißt es: „Die Brennerstraße steht seitens der Verkehrspolizei und des Landes unter strenger Beobachtung. Auch hier können bei Bedarf bzw. bei einer Verschärfung der Situation weitere Maßnahmen gesetzt werden“⁴.

Die Bürgermeister der betroffenen Gemeinden, die Bevölkerung und auch die Antragsteller sehen indes den Bedarf auch aktuell als gegeben an und es kann nicht nachvollzogen werden, warum es nicht auch auf dieser Strecke zu einer sofortigen Umsetzung der temporären Fahrverbote wie in den anderen Regionen gekommen ist.

Die Antragsteller begrüßen ausdrücklich jede Maßnahme zur Entlastung der verkehrsbelasteten Bevölkerung in Tirol. Die Tiroler Landesregierung muss jedoch im ganzen Land Maßnahmen setzen und aus diesem Grund soll dem Tiroler Landtag ein umfangreicher Maßnahmenkatalog samt Zeitplan für die Umsetzung vorgelegt werden.

Eine Möglichkeit, die Mautflüchtlinge von der A13 auf die B 182 zu begrenzen, wäre auch die B 182 analog zur A13 zu bemaßen. Ausnahmeregelungen müsste es jedenfalls für die Anrainer geben und eine bezahlte Brennermaut sollte auch am niederrangigen Straßennetz gelten. Diese Möglichkeit ist im Rahmen des Treffens des Verkehrsausschusses des Tiroler Landtags mit dem Bundesminister a. D. Norbert Hofer am 17. Mai 2019 in Innsbruck besprochen worden. Der damalige Minister hat dem Verkehrsausschuss signalisiert, hinter so einer Maßnahme zu stehen. Diese Möglichkeit soll von der Tiroler Landesregierung so rasch als möglich gemeinsam mit dem Bund besprochen und verhandelt werden.

Vor allem in und um Innsbruck fällt in den vergangenen Wochen auf, dass es sehr viele Bauarbeiten sowohl auf Landesstraßen als auch auf den Strecken der ASFINAG gibt. Es stellt sich dabei schon die Frage, wie gut Bund, Land und Gemeinden bezüglich des Baustellenmanagements koordiniert sind. Am Beispiel Innsbruck sieht man, dass die Ost-West-Verbindung derzeit massiv eingeschränkt ist. So gibt es Sperren auf der A12 im Bereich Wiltener Tunnel und im Stadtgebiet von Innsbruck im Bereich Südring, aber auch im Bereich Bahnhof. Diese vielen gleichzeitigen Baustellen führen zu Staus auf der Autobahn und in weiterer Folge zu einem massiven Rückstau in die Landeshauptstadt. Bei einer besseren Absprache aller Beteiligten, könnte es zu einer Entschärfung der Situation kommen. Verschärft wird die Stausituation an Tagen, an denen es zur Dosierung von LKW's kommt. Durch die Baustellen funktioniert die Dosierung nicht mehr so, wie es wünschenswert wäre. Vor allem stauen die LKW's von der Baustelle bei der Europabrücke zurück. Somit war an den Tagen nach den

⁴ Medieninformation des Landes Tirol, „LH Platter: Fahrverbote auf Landesstraßen als Notmaßnahme gegen massiven Ausweichverkehr“, 19. Juni 2019, 16:50 Uhr

Feiertagen die gesamte rechte Spur der Inntalautobahn mit LKW's blockiert. Der Leiter der Tiroler Verkehrspolizei, Oberst Markus Widmann, spricht ebenfalls von einer derzeit schwierigen Baustellensituation. Als Nadelöhre würden sich der Baustellenbereich auf der Europabrücke, beim Wiltener Tunnel und der Westachse herausstellen. Diese Baustellensituation würde sich gerade im Reiseverkehr als ein besonders großes Problem herausstellen und vor allem zu einer Überlastung im Großraum Innsbruck mit Staus bis Zirl im Westen und Hall/Wattens im Osten führen. Auch Widmann ist der Meinung, dass auf der Europabrücke nur zwei sehr schmale Fahrstreifen zur Verfügung stünden und dass durch diese Baustellensituation weniger Abfluss als Zufluss zur Folge hätte und dadurch Staus unausweichlich wären.⁵

Auch südlich des Brenners auf der Brennerautobahn gibt es viele Baustellen. Nachdem ja an den Wochenenden nicht gearbeitet wird, können dort die Baustellen aber mit so genannten mobilen Absperrsystemen an den Wochenenden so hergerichtet werden, dass es eine weitere Spur zum Befahren gibt. So eine Möglichkeit könnte auch in Tirol helfen, den Staus Herr zu werden. Auch diese Möglichkeit ist mit dem Bund bzw. mit der ASFINAG zu besprechen.

Nachdem sich im Großen und Ganzen die LKW Dosierung am Grenzübergang Kufstein bewährt hat, sollte diese Möglichkeit auch für PKW an besonders verkehrsintensiven Tagen geschaffen werden. Dazu soll die Landesregierung so rasch als möglich ein Modell ausarbeiten.

Ein Vorschlag des Bürgermeisters von Matri am Brenner, Paul Hauser, war auch die Schaffung der Möglichkeit einer Umfahrungsstraße im Wipptal. Die Landesregierung soll deshalb prüfen, ob es in einem so engen Tal wie dem Wipptal überhaupt eine Möglichkeit einer Umfahrung der Ortsdurchfahrten und somit einer Entlastung der dortigen Bevölkerung geben könnte.

Die **Dringlichkeit** ergibt sich aufgrund der Tatsache, dass sehr viele verkehrsreiche Wochenenden unmittelbar bevorstehen und es daher rasch zu einem Maßnahmenpaket kommen muss. Die Wipptaler und Stubaitaler Bevölkerung darf nicht mehr länger dieser gefährlichen Verkehrssituation ausgesetzt werden.

Innsbruck, am 27. Juni 2019

⁵ Tiroler Tageszeitung, 23. 06. 2019, S. 6-7